Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden, Baden & Comp., Nr. 1268.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altstadt.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 18,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 54,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 31,00 M. Einzelnummer 1,00 M. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Sennerplatz 10. Tel. 25281. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Sennerplatz 10. Tel. 25281. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespaltene Nonpareillezeile 5,00 M., Familienanzeigen 1,00 M., die 3gespaltene Reklamezeile 20,00 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefniederlegung 1 M.

Nr. 83 | Dresden, Freitag den 7. April 1922 | 33. Jahrg.

Sozialistische Reventlows

Für gewisse Zeitgenossen, die nichts aus der Weltgeschichte zu lernen vermögen, gibt es seit dem Gewaltfrieden von Versailles zur Entladung ihrer Galle nichts Bequemeres als das Hohngeschrei über das Versagen des internationalen Gedankens. „Wir Deutschen sind die Gutmütigen; wir haben an Wilsons 14 Punkte geglaubt; wir haben auf die angeblich völkerbefreiende Kraft des internationalen Sozialismus gehofft: alles Schwindel!" — so und ähnlich kann man es an den Stammtischen und Bierbänken hören. Wenn diese Art, Weltgeschichte zu betrachten, von der reaktionären Rechtspresse begünstigt wird, so ist das vom parteiagitatorischen Standpunkt der Reventlow, Hergt, Stresemann aus zu verstehen. Wenn es von Leuten geschieht, die sich dem Sozialismus zurechnen, so handelt es sich entweder um einen Denk- oder einen Geschmacksdefekt — wenn nicht um beides.

Die Halbmonatsschrift Der Firn, die sich „sozialistische Rundschau" nennt, bringt in ihrer 1.-April-Nummer einen Leitartikel mit der Ueberschrift: „Wie steht's, meine Herren Pazifisten?" In diesem Artikel wird die Sozialdemokratie beschuldigt, jenen Strömungen, „die schon während des Krieges entstanden, die sich gegen den Verteidigungswillen des deutschen Volkes richteten", so wenig Widerstandskraft entgegengesetzt zu haben, „daß die Ungereimtheiten, von denen jene Strömung erfüllt ist, heute nahezu offizielles Glaubensbekenntnis dieser Partei geworden sind. Es ist so weit gekommen ... daß die Vertretung der nationalen Interessen so gut wie ganz zur Sache der Feinde der Republik geworden ist und daß Verfassungstreue und nationale Gesinnung in den weitesten Kreisen als nicht zu vereinbarende Gegensätze empfunden werden.

In dieser Unklarheit und Ungereimtheit geht der Artikel weiter. Klar ist nur, daß er sich gegen alles, was nach Pazifismus und Internationalismus schmeckt, wendet und daß er der Sozialdemokratie gewissermaßen die Schuld für die Diktate der Entente mit in die Schuhe schiebt. Meint der Artikel das nicht, so ist es journalistische Unfähigkeit, wenn er sich nicht deutlicher ausgesprochen hat. Aber ein Irrtum über die Tendenz kann nicht bestehen, denn es heißt:

> Mit dieser Politik ist die Sozialdemokratie und ist das deutsche Volk von Enttäuschung zu Enttäuschung getaumelt. Von Compiègne nach Versailles, von Versailles nach Spa und nach London, dann nach Cannes und nun nach Genua — und der Weg hat nur immer abwärts geführt. Die Sozialdemokratie aber hat unverbrüchlich an dieser Politik festgehalten.

Hier zeigt sich, wie leichtfertig der Leitartikler dieser „sozialistischen" Rundschau mit den Tatsachen umspringt, denn in Wirklichkeit hat uns die Entwicklung von Versailles bis Cannes von Erleichterung zu Erleichterung geführt. Wenngleich uns die Bedingungen noch immer brutal und dumm genug erscheinen: seit dem Versailler Schandfrieden wurden sie nichtsdestoweniger dauernd gemildert. Wir haben erst kürzlich die ziffernmäßigen Milderungen an dieser Stelle dargelegt. Richtig ist, daß die Internationale mehr versagt hat, als für die europäischen Völker gut ist. Aber sie hat trotz den Lehren dieses vierjährigen Massenmordens versagen müssen, weil der Krieg von den deutschen wie von den gegnerischen Militärgewalthabern in wahnsinniger Verblendung bis zum Weißbluten geführt worden ist, weil die Verteidigungsmöglichkeiten nicht nur von den Ententeleitungen, sondern vor allem auch vom deutschen Generalstab mit Füßen getreten wurden. Allmählich erst zeigen sich die katastrophalen Wirkungen des Siegfriedens auch in den Siegerländern; allmählich reift daraus der Gedanke, daß Europas Ruin nur durch die Völkerversöhnung, die internationale Verständigung verhindert werden kann.

Und wer sind die Gegner dieser Verständigung? Die Militaristen und Nationalisten hüben und drüben! Mit unsern Militaristen und ihrem schändlichen Treiben hat neuerdings kein Geringerer abgerechnet als der freikonservative Professor Delbrück. Und wenn in der Frage der Kriegsschuld von der deutschen Sozialdemokratie die Schuld der deutschen Gewalthaber mehr betont worden ist, als manchem innerhalb und außerhalb des sozialistischen Lagers zweckmäßig erscheinen mag, so ist auch diese scharfe Unterstreichung der Kriegsschuld des zusammengebrochenen alten Systems erzwungen worden von dem Treiben jener Rechtsparteien, die heute aus parteiagitatorischen Gründen Geschichte fälschen und die gegenwärtige Not auf das Konto der Sozialdemokratie schreiben möchten. Nur aus der Geschichte der innerpolitischen Kämpfe Deutschlands ist diese Zuspitzung zu verstehen.

Ehrenpflicht eines Sozialisten mußte es unter solchen Umständen sein, das, was im internationalen Gedanken gut und groß ist, was wir durch den Kampf gegen Militarismus und Reaktion beleben und stärken müssen, zu unterstützen und zu verteidigen. Wenn der Firn es mit der Verzerrung der Tatsachen für notwendig hält, der Sozialdemokratie in diesem schweren Kampfe in den Rücken zu fallen, so wandert und das nicht. Seine Politik kommt im wesentlichen jener Politik des Professor Paul Lensch gleich, der seine antisozialistischen Tiraden im Firn und in der Deutschen Allgemeinen Zeitung losläßt und gegen den ein Ausschlußverfahren bereits beantragt wurde. Wir hätten schon manchmal Lust gehabt, an Beispielen festzustellen, was von dieser „sozialistischen Rundschau" zu halten ist, wenn es nichts Wichtigeres zu tun gäbe. Aber da der neueste nationalistische Artikel des Firn von der bürgerlichen Presse mit schmatzendem Behagen aufgegriffen wurde und auch vom Dresdner Anzeiger unter der Ueberschrift „Wandlung" nachgedruckt wird, möchten wir einmal feststellen, was von dieser Wandlung zu halten ist und auf wen sie beschränkt bleibt!

Kampf dem System!

Der Minister des Innern hat gestern im Landtag eine Erklärung abgegeben, wonach nach den angestellten Ermittlungen die Behauptung, daß am Sonntag auf Arbeiterjugend von Polizeibeamten mit Gummiknüppeln eingeschlagen worden wäre, falsch zu sein scheine. Er hat weiter den Dresdner Polizeipräsidenten gegen den Vorwurf in Schutz genommen, bei der Erteilung der Genehmigung von Umzügen parteiisch verfahren zu sein. Sicher stützt sich diese Erklärung des Ministers auf Berichte, die ihm von der Polizeibehörde zugegangen sind und von denen man im voraus annehmen muß, daß sie die Vorgänge vom Sonntag in einem für die Polizei günstigen Sinne darzustellen versuchen. Das hätte auch der Minister des Innern [illegible] können, denn er selbst hat ja schon erfahren, daß derartige dienstliche Berichte der Angeschuldigten nicht gerade Dokumente der absoluten Wahrheit sind. Wir erinnern ihn nur an den „Fall Stegmann" vom Vereinshaus. Inzwischen werden, wie wir annehmen, dem Minister die Beschwerden der Gegenseite in die Hände gekommen sein und er wird aus ihnen sowohl wie aus unseren gestrigen Darstellungen ersehen haben, daß der dienstliche Bericht der Polizeibehörde eine strenge und genaue Nachprüfung und der ganze Fall eine rückhaltlose Untersuchung erfordert. Aber selbst wenn sich bei genannter Prüfung herausstellen sollte, daß Gummiknüppel nur von einzelnen der am Sonntag eingesetzten Schutzleute angewendet wurden, so wird sich dennoch [illegible] die Feststellung ergeben, daß die Schutzleute die Jugendlichen mit Fußtritten bearbeitet haben und es handelt sich hier durchaus nicht darum, Angriffe mit Gummiknüppeln abzuwehren, sondern es handelt sich darum, die Schuldigen für die Tätlichkeiten überhaupt zur Verantwortung heranzuziehen und vor allen Dingen, mit diesem ganzen System endgültig abzurechnen.

Denn es ist ein System und alle gegenteiligen Versicherungen werden uns diese Ueberzeugung nicht ausreden können. Dazu liegen die Erfahrungen viel zu zahlreich vor, und es dürfte kaum nötig sein, den Minister an frühere Vorgänge zu erinnern, die sich in loser Folge zu einer fortgesetzten herausfordernden Drangsalierung der sozialistischen Jugend aneinanderreihen. Wir erinnern nur an die Vorgänge nach der Revolutionsfeier im Künstlerhaus im November 1919, nach deren Schluß Polizisten auf die das Künstlerhaus verlassende Jugend einstürmten, ohne daß dazu irgendein Anlaß vorlag. Wir erinnern an die Aktion der Polizei, als vor noch gar nicht langer Zeit Jugendliche nach der Propagandaversammlung der Vereinigung deutscher Jugendverbände im Vereinshaus nach Hause zogen und die Polizei gegen sie in der Moritzstraße wegen des Gesanges eines harmlosen Wanderliedes eingriff. Wir erinnern an die wiederholten Belästigungen Jugendlicher wegen eines gemeinsam gesungenen Liedes auf dem Nachhauseweg. Erst dieser Tage wieder, am 1. April, wurde eine Zusammenkunft der Erwerbslosenräte der Kreishauptmannschaft im Volkshaus von zusammengezogenen Polizeibereitschaften bewacht. Auch in diesem Falle waren die Schutzleute mit Gummiknüppeln ausgerüstet, um im gegebenen Moment schlagfertig zu sein. Und auch in diesem Falle, in dem es sich zwar nicht um Arbeiterjugend handelte, in dem aber derselbe Apparat aufgezogen wurde, der am Sonntag funktionierte, lag ein Grund zu derartigen Maßnahmen nicht vor, da die Versammlung von nur etwa 30 Personen besucht war und wahrscheinlich auf jeden Versammlungsteilnehmer mehr als ein Schutzmann gekommen ist.

Was die Verteidigung des Polizeipräsidenten gegen den Vorwurf der parteiischen Behandlung verschiedener Antragsteller betrifft, so wird der Minister des Innern leicht in der Lage sein, auch in diesem Punkte die Wahrheit zu erfahren, wenn er das ihm zugegangene Material der Betroffenen aufmerksam studiert. Es ist eine Tatsache, daß der Wyneken-Gemeinde die Erlaubnis zu einer Kundgebung für Wyneken, die nicht einmal eine große Demonstration geworden wäre, verweigert wurde, während der Fackelzug der Deutschnationalen vom Sonnabend ja der unbestreitbare Gegenbeweis für das zweiseitige Verhalten der Polizeibehörde ist.

Es ist nach alledem wahrhaftig nicht eine plötzliche unbegründete Laune von uns, wenn wir die schärfste Untersuchung der Vorgänge vom Sonntag fordern und wenn wir verlangen, daß Vorkehrungen getroffen werden, die eine Wiederholung derartiger Vorgänge ein für allemal ausschließen. Und daß es sich für uns nicht darum handelt, etwa dem unabhängigen Minister Verlegenheiten zu bereiten, kann der Minister des Innern ja daraus schließen, daß gestern, also am gleichen Tage wie wir, ohne daß eine Verständigung vorausging, sein Dresdner Parteiblatt, die Unabhängige Volkszeitung, in noch viel schärferem Tone den Rücktritt des Polizeipräsidenten Dr. Kriste und gleichzeitig auch den Rücktritt der Polizeibeamten Dr. Groß und Posselt fordert. Die Unabhängige Volkszeitung schreibt:

> „Wir haben bei jeder Gelegenheit auf die trostlose reaktionäre Beschaffenheit der Polizei hingewiesen und eine Umgestaltung des Gendarmeriekörpers verlangt. Wir haben auch wiederholt betont, daß die Ursache des Uebels in dem Oberhaupt, dem Polizeipräsidenten Kriste, liegt. Anstatt den fortschrittlichen Kräften in der Polizei, die vorhanden sind, das Betätigungsfeld zu erweitern und den gesamten Polizeiapparat der Neuzeit entsprechend umzugestalten, wird das Gegenteil gemacht. Die Verantwortlichen der Polizei sind überreif, beseitigt zu werden. Die Arbeiterschaft läßt sich die Schmach nicht mehr länger gefallen."

Und im Anschluß daran erhebt das Blatt die obengenannten Forderungen, denen wir uns rückhaltlos anschließen müssen, wenn sich, wie wir schon gestern sagten, herausstellt, daß der Polizeipräsident diese unerhörten Maßnahmen und das brutale Vorgehen seiner untergeordneten Organe gutheißt und damit selbst die Verantwortung dafür übernimmt.

Der erste Schritt

Die Sozialistenkonferenz in Berlin ist nicht, wie befürchtet werden mußte, ohne jedes Ergebnis auseinandergegangen, man hat sich wenigstens entschlossen, bei den drei Exekutiven die Zustimmung zur Einsetzung eines Organisationskomitees einzuholen. Die Verabredungen zu weiteren Konferenzen der drei Exekutiven treffen soll, und die Russen haben zugestanden, daß in dem Prozeß gegen die 47 Sozialrevolutionäre eine ausreichende Verteidigung ermöglicht und die Todesstrafe ausgeschaltet sein sollen.

Das Resultat der Berliner Konferenz ist sehr mager, aber es ist doch ein Fortschritt, daß es überhaupt gelungen ist, die Vertreter der drei Richtungen, die in der sozialistischen Welt vorhanden sind, an einen Tisch zu bringen. Wir können hoffen, daß die Berliner Konferenz nicht die letzte, sondern die erste einer ganzen Reihe ähnlicher Konferenzen sein wird.

Auch schon vor dem Kriege waren Gegensätze im internationalen Sozialismus vorhanden und auf den internationalen Kongressen gab es oft sehr scharfe Auseinandersetzungen gegeben, aber immer haben sich in der Vorkriegszeit die verschiedenen sozialistischen Parteien wieder zu gemeinsamer Beratung zusammengefunden. Erst durch den Krieg ist die Zusammenarbeit des internationalen Proletariats jäh unterbrochen worden. Und während des Krieges sind alle Bemühungen, eine Verständigung der sozialistischen Parteien der miteinander kämpfenden Länder zu erzielen, gescheitert. Daraus hat man den Schluß ziehen wollen, daß der internationale Gedanke, dem das sozialistische Proletariat aller Länder vor dem Kriege so große Bedeutung beilegte, sich überlebt habe. Aber der Internationalismus der sozialistischen Parteien entsprang überwiegenden Interessen der Arbeiterschaft. Gewisse Teile der herrschenden Klassen mögen einen Vorteil von einer Kriegs- und Eroberungspolitik haben, mögen ein Interesse an nationalistischer Verhetzung haben, die die Aufmerksamkeit der Volksmassen von den sozialen Problemen ablenkt. Die Sozialisten aller Länder aber waren sich stets darüber klar, daß die arbeitenden Massen bei einem Kriege nichts zu gewinnen, aber viel zu verlieren hätten. Eine Zusammenarbeit der sozialistischen Parteien der verschiedenen Länder war auch schon deswegen notwendig, um möglichst zu verhindern, daß die Arbeiter des einen Landes ihren Klassengenossen in andern Ländern als Lohndrücker gegenüberstehen, und weil sozialpolitische Maßnahmen möglichst international durchgeführt werden müssen.

Das wichtigste Ziel des internationalen Sozialismus in der Vorkriegszeit aber war es, den Ausbruch eines Krieges zu verhindern. Leider waren die sozialistischen Parteien noch nicht stark genug, um den Weltkrieg zu verhüten. Die Erfahrungen, die man im Jahre 1914 gemacht hat, haben uns leider zu spät gezeigt, daß mit Demonstrationen und Versammlungen, die im letzten Augenblick stattfinden, ein Krieg nicht mehr zu verhindern ist, und solche Mittel, wie der Generalstreik und die Verweigerung des Waffendienstes, an die man früher gedacht hat, konnten im Jahre 1914 aus vielerlei Gründen nicht angewandt werden. Daß nach Ausbruch des Krieges auch große Teile der sozialistischen Parteien, besonders in den Ententestaaten von der nationalistischen Welle, die damals über die Völker hinging, mit erfaßt wurden, braucht uns nicht zu wundern. Bei aller Gemeinsamkeit der Interessen der Proletarier in den verschiedenen Ländern kann man doch nicht übersehen, daß das Geschick des Proletariats jedes Landes eng mit dem Schicksal seines Staates verknüpft ist. Daß diese Tatsache nicht ohne Einfluß auf die geistige Einstellung der sozialistischen Parteien im Kriege war, und daß infolgedessen manches vergessen wurde, was man früher gesagt hatte, ist nur zu begreiflich, und die geistigen Wirkungen des Krieges auf die sozialistischen Parteien sind auch heute noch nicht verschwunden.

Schon während des Krieges sind auch in den einzelnen Ländern die Gegensätze innerhalb der sozialistischen Arbeiterschaft immer größer geworden. Die Nachkriegszeit hat die sozialistischen Parteien vor Probleme und Fragen gestellt, die sie früher nie gekannt haben. Während ehedem die sozialistischen Parteien fast überall nur Oppositionsparteien waren, deren Tätigkeit sich in der Hauptsache in der Kritik der Regierenden erschöpfen mußte, hat der Gang der Geschichte sie jetzt immer mehr zur entscheidenden Mitwirkung bei der Leitung der Staaten berufen. Das erforderte einen geistigen Umstellungsprozeß, der sich nicht gleichmäßig bei allen Angehörigen der sozialistischen Parteien vollziehen konnte, so daß vielfach neue Gegensätze und Spaltungen die Folge waren.

Infolge des Krieges und des darauf folgenden Zu-

SLUB Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19220407/1
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG